

**DÜSSELDORFER FORUM
POLITISCHE KOMMUNIKATION**



**Sprechen Sie EU?
Das kommunikative Versagen
einer großen Idee**

Beiträge zur 9. Fachtagung des DFPK

Dennis Frieß/Julia Jax/Anna Michalski (Hg.)

T Frank & Timme

Dennis Friß/Julia Jax/Anna Michalski (Hg.)
Sprechen Sie EU? Das kommunikative Versagen einer großen Idee

Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation
Band 4

Dennis Frieß/Julia Jax/Anna Michalski (Hg.)

Sprechen Sie EU?
Das kommunikative Versagen
einer großen Idee

Beiträge zur 9. Fachtagung des DFPK

FFrank & Timme
Verlag für wissenschaftliche Literatur



ANTON-BETZ-STIFTUNG
DER RHEINISCHEN POST EV.
GEMEINNÜTZIGER VEREIN ZUR FÖRDERUNG
VON WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG
DÜSSELDORF

Wir danken der Anton-Betz-Stiftung
der Rheinischen Post e.V.
für die Unterstützung der Publikation.

ISBN 978-3-7329-0006-0
ISSN 2191-8791

© Frank & Timme GmbH Verlag für wissenschaftliche Literatur
Berlin 2014. Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts-
gesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in
elektronischen Systemen.

Herstellung durch das atelier eilenberger, Taucha bei Leipzig.
Printed in Germany.
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

www.frank-timme.de

Inhaltsverzeichnis

DENNIS FRIEB, JULIA JAX, ANNA MICHALSKI

Vorwort der Herausgeber9

Essays der Podiumsgäste

ANGELICA SCHWALL-DÜREN

Aus Betroffenen Beteiligte machen – Europakommunikation

in Nordrhein-Westfalen 13

HERBERT REUL

»Sprechen Sie EU? Vom kommunikativen Versagen einer großen Idee«.....23

STEPHAN KOPPELBERG, MARION SCHLOTMANN

Sprechen Sie EU? Das kommunikative Versagen einer großen Idee29

FRANK ÜBERALL

Jenseits der Gipfel – Journalismus als Kommunikations-Dienstleister

in der EU41

Beiträge der Fachtagung

FLORIAN BUHL

Agenda-Setting-Prozesse zwischen Massenmedien und Blogosphäre: Eine

Zeitreihenanalyse politischer Thematisierungsprozesse in Deutschland.....51

KAY HINZ

Wie kann politische Kommunikation von Politikern

in Sozialen Online-Netzwerken in einem Index zusammengefasst

werden? Konzeptualisierung eines möglichen analytischen Vorgehens71

JONAS ISRAEL	
Immer die gleichen Versprechen? Ein Vergleich von Parteipositionen in Wahlprogrammen und dem Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl 2009.....	91
OLGA EISELE, LUCY KINSKI	
Kommunikatives Schweigen? Zur Kommunikationsfunktion nationaler Parlamente in EU-Angelegenheiten	113
STEFAN WALLASCHEK	
Kosmopolitismus in der Öffentlichkeit? Eine Analyse deutscher Tageszeitungen	133
JULIAN ERMERT, JANNIS FELLER, PETER GLADITZ, RAPHAEL KÖSTERS	
Kooperation oder Konflikt der Systeme? Die Darstellung des Verhältnisses von Medien und Politik in fiktionalen Unterhaltungsformaten.....	157
ALEXANDER HORN, JAN KIETZMANN	
Der Iran im Kontext des Atomkonflikts Eine Untersuchung der visuellen Berichterstattung in den Nachrichtenmagazinen DER SPIEGEL, FOCUS und STERN	179
ANNA SOßDORF	
(Un-)Politische Jugendliche im Social Web? Forschungsstand und -perspektiven zur politischen Partizipation Jugendlicher	201
PAULA STEHR	
Der parasoziale Meinungsführer als Akteur der politischen Willensbildung. Quantitative Prüfung eines Modellentwurfs.....	219
ANNIKA POTZ	
Let's talk about politics! Eine qualitative Studie zum Politikbegriff Jugendlicher	239
JULIA ZILLES	
»Oben bleiben« – Die heterogenen Argumente der Gegner von »Stuttgart 21«.....	259

PHILIPP MATTHIAS WEICHSELBAUM

»Sie fallen wie Butterbrote – auch auf die gute Seite?«

Zum Wandel öffentlicher Kommunikation über Rücktritte

deutscher Bundesminister seit 1949.....279

MICHAEL SÜLFLOW

Politik(er) in Wort und Bild

Eine Inhaltsanalyse der verbalen und visuellen Präsenz der Spitzenkandidaten

in der TV-Berichterstattung zu den Bundestagswahlen 2009 und 2013.....301

Die Autorinnen und Autoren325

Die Herausgeber331

Vorwort der Herausgeber

Allgegenwärtig und doch so fern. Die Podiumsdiskussion des 9. Düsseldorfer Forums Politische Kommunikation (DFPK) mit dem Titel »Sprechen Sie EU? Das kommunikative Versagen einer großen Idee« stand im Zeichen der großen Vision von Europa – und dem Unvermögen diese zu kommunizieren und die BürgerInnen dafür zu begeistern. Auf der darauf folgenden wissenschaftlichen Fachtagung wurde der thematische Bogen weiter aufgespannt: 18 junge NachwuchswissenschaftlerInnen von neun Universitäten präsentierten zwei Tage lang ihre Arbeiten aus dem Feld der politischen Kommunikationsforschung – u.a. zum Politikbegriff Jugendlicher, zur politischen Kommunikation im Web 2.0 oder zum Verhältnis von Politik und Medien in fiktionaler Politikunterhaltungsformaten. Dieser Tagungsband soll die erfolgreiche Veranstaltung abrunden und beide Elemente des DFPK – Podiumsdiskussion und Fachtagung – zusammenführen. Auf den folgenden Seiten finden sich sowohl Beiträge der DiskutantInnen unserer Podiumsdiskussion als auch die 13 Beiträge der ReferentInnen der Fachtagung, die sich im *double-blind review* Prozess unter 45 Einreichungen durchgesetzt haben.

Dieser Tagungsband ist zugleich das dokumentierte Ergebnis einer einzigartigen studentischen Initiative. Im Jahr 2005 einer fixen Idee am Kneipentisch entsprungen, organisieren seither Studierende der Masterstudiengänge Politische Kommunikation und Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf das DFPK eigenständig. Strukturiert in verschiedene Arbeitsgruppen gelang es bereits zum neunten Mal *die* Tagung für NachwuchswissenschaftlerInnen der politischen Kommunikationsforschung in Deutschland auf die Beine zu stellen.

Natürlich kann eine solche Veranstaltung nur mit der Hilfe Vieler gelingen. Die Herausgeber bedanken sich zuallererst bei dem fleißigen Organisationsteam für ihr unermüdliches Engagement. Wir danken Jelena Altenberg, Katrin Barth, Thomas Bienen, Carsten Buchmüller, Birthe Budke, Britta Engling, Eric Gransow, Nora Weichelt und Gülcan Yücel.

Allein mit studentischem Engagement wäre das DFPK 2013 freilich nicht zu realisieren gewesen. Unser Dank gebührt daher auch unseren Partnern, Förderern und Sponsoren: Dem Ministerium für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, BlackBerry, der Anton-Betz-Stiftung der Rheinischen Post e.V., dem Bundesverband deutscher Pressesprecher, der Unternehmerschaft Düsseldorf, der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, dem Herbert von Halem Verlag, dem LIT Verlag, politik & kommunikation, der Agentur Neues Handeln, dem Dekanat der Philosophischen Fakultät, dem AStA der Heinrich-Heine Universität Düsseldorf und dem Förderverein des Sozialwissenschaftlichen Instituts Verso e.V..

Nicht zuletzt danken wir den Respondents Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Prof. Dr. Olaf Jandura, Dr. Klaus Kamps, Prof. Dr. Hans Mathias Kepplinger, Prof. Dr. Christoph Neuberger und Prof. Dr. Gerhard Vowe, die aus ganz Deutschland angereist sind, um die Vorträge ihrer möglichen ‚NachfolgerInnen‘ kritisch zu kommentieren. Schließlich danken wir den ProfessorInnen und MitarbeiterInnen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Heinrich-Heine-Universität für die kritische und konstruktive wissenschaftliche Begleitung des DFPK.

Im April 2014 jährt sich das DFPK bereits zum 10. Mal. Wir freuen uns mit diesem Band einen Teil dieser Geschichte abzubilden und wünschen viel Spaß bei der Lektüre.

Düsseldorf im Januar 2014

Dennis Frieß, Julia Jax, Anna Michalski

Essays der Podiumsgäste

Aus Betroffenen Beteiligte machen – Europakommunikation in Nordrhein-Westfalen

»Sprechen Sie EU? Das kommunikative Versagen einer großen Idee« – so lautete der Titel des DFPK im Jahr 2013. Allerdings scheint es wenig zielführend, sich darüber auszutauschen, ob und inwieweit in Vergangenheit und Gegenwart ein Scheitern der Europakommunikation zu beklagen ist. Dieser Beitrag soll sich daher mit der Frage befassen, wie Europakommunikation gestaltet werden kann, um Bürgerinnen und Bürger die aktive Bejahung der europäischen Idee zu ermöglichen.

Der Titel des Symposiums eröffnet für die Teilnehmer an dieser Veranstaltung natürlich zunächst die Frage: Was ist eigentlich der Unterschied zwischen einer Idee und einer großen Idee? Eine konsensfähige Definition könnte sein, dass eine Idee jedenfalls dann eine große Idee ist, wenn sie das Potenzial hat, das Leben einer Mehrzahl von Menschen in messbarer und nachhaltiger Weise zu verbessern. Stellt nun das europäische Einigungswerk, das auf diesem Kontinent seit nunmehr bald siebzig Jahren vorangetrieben wird, in diesem Sinne eine große Idee dar? Davon bin ich überzeugt. Das Projekt der europäischen Einigung lief nicht nur einfach parallel mit dem wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Wiederaufbau Europas nach dem zweiten Weltkrieg. Vielmehr war der Wille, Europa zu einen, eine der Grundvoraussetzungen für den Erfolg dieses Wiederaufbauprozesses in allen diesen Bereichen. Denn vor dem Hintergrund der Verheerungen der Kriege des 20. Jahrhundert war es vor allem der europäische Einigungsprozess, der die Staaten Europas in die Lage versetzt hat, jahrhundealte Feindschaften zu überwinden, sich über gemeinsame Ziele zu verständigen und diese auch gemeinsam durchzusetzen – sei es die Schaffung eines gemeinsamen Markts, die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit oder die gemeinsame Bekämpfung globaler Bedrohungen wie Klimawandel, Krankheit, Hunger oder Terrorismus. Die europäische Einigung hat diesen Kontinent in einem Maße geprägt, das für seine Gründer wohl kaum vorstellbar gewesen wäre. Der gemeinsame Markt, die Freizügigkeit und die Rechte der Unionsbürger sind nur die sichtbarsten unter diesen Errungen-

schaften – allzu leicht wird vergessen, welche Innovationen die Europäische Union auch in Bereichen wie Bürgerrechte und Antidiskriminierung ebenso geschaffen hat wie im grenzüberschreitenden Umweltschutz und in der Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen. Vieles von dem, was wir heute als selbstverständlich zu unserem Staatswesen gehörig betrachten, ist auf Initiativen der Europäischen Union zurückzuführen. Vor allem ist mit der Europäischen Union im Verlauf der Jahre in Europa eine Staatengemeinschaft geschaffen worden, in der neue Spielregeln gelten: eine Gemeinschaft, die sich darüber im Klaren ist, dass die Menschen – ebenso wie die Staaten und die Wirtschaftssysteme – auf diesem Kontinent so eng miteinander verwoben und so stark voneinander abhängig sind, dass das Ökosystem Europa nur dann funktioniert, wenn jedes Mitglied die Interessen der anderen mitdenkt. Eine erfolgreiche Politik in Europa steht und fällt gestern, heute und morgen mit der Bereitschaft, die Interessen der anderen im gemeinsamen Entscheidungsprozess als grundsätzlich legitim anzusehen und soweit möglich auch zu berücksichtigen. Niemand behauptet, dass das System der Europäischen Union fehlerlos ist oder immer perfekte Ergebnisse liefert. Wie in allen Lebensbereichen, so gilt auch hier, dass vieles verbessert und alles weiterentwickelt werden muss. Aber die Ideen von Frieden, Freiheit, Solidarität und Nachhaltigkeit, die dem europäischen Projekt zugrunde liegen, sind immer noch die Ideen der Zukunft, und sie werden bisher in keinem anderem politischen System erfolgreicher verwirklicht als im System der Europäischen Union.

Aber wie wird aus einer großen Idee auch eine erfolgreiche Idee, und wie entwickelt man heutzutage aus einer großen Idee eine Realität, die der Ausgangsidee so weit als möglich Rechnung trägt? Dazu brauchen große Ideen Leidenschaft und Augenmaß. Aber auch und gerade große Ideen brauchen vor allem viele Fürsprecher. Dieses Postulat führt zu einer Reihe weiterer Schlussfolgerungen. Zum einen erwachsen daraus Forderungen an Politik und politische Akteure: Sie müssen auf allen Ebenen zu Europa stehen, anstatt sich immer wieder wegzuducken, wenn es schwierig wird. Das Handeln darf sich nicht nach dem bewährten Muster richten, europäische Errungenschaften als Erfolge des eigenen Handelns für sich in Anspruch zu nehmen, während man gleichzeitig europäische oder auch nationale Fehlschläge der EU in die Schuhe schiebt. Vor allem muss endlich Schluss damit sein, Europa und europäische Politik als »alternativlos« darzustellen. Das gilt vor allem in den Fällen, in denen politische Ergebnisse für Bürgerinnen und Bürger potenziell unattraktiv

und damit andernfalls nur schwer vermittelbar sind. Denn nichts an Europa ist »alternativlos«, dafür bürgt schon allein die Tatsache, dass 28 Mitgliedstaaten aufgefordert sind, ihre Expertise, ihre Meinung und ihre Prioritäten einzubringen. Es dürfte kaum ein anders politisches Projekt geben, das so stark auf Pluralismus und Wettbewerb der Ideen baut, wie die Europäische Union. Die Möglichkeiten, gemeinsam zukunftsfähige Ideen zu entwickeln, für die eigene Position zu werben und konsensfähige Lösungen zu finden, sind wohl nirgends so stark ausgeprägt wie in Europa. Man muss sich ihrer aber eben auch bedienen, selbst wenn das manchmal das Bohren extrem dicker Bretter bedeutet. Und ebenso wie in jedem anderen PolitikszENARIO befreit das gemeinsam gefundene Ergebnis die Politikerinnen und Politiker, die an diesem Entscheidungsprozess ja beteiligt waren, nicht davon, zu dem auf diese Weise gemeinsam gefundenen Kompromiss zu stehen und ihn den Bürgerinnen und Bürgern kompetent zu vermitteln.

Zum anderen müssen aber auch die Bürgerinnen und Bürger Europas zu Europa als ihrem Projekt stehen, indem sie sich und andere informieren, indem sie das Gespräch über Europa miteinander suchen und indem sie sich gestaltend in europäische Willensbildungsprozesse einbringen. Auch hier bietet die Europäische Union eine Vielzahl von Beteiligungsmöglichkeiten. Sie reichen von der Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament über die Europäische Bürgerinitiative bis zur Beteiligung an Konsultationsverfahren der EU-Institutionen zu einer Vielzahl von Themen. Aber auch auf der kommunalen und regionalen Ebene, wo sich europäische Entscheidungsprozesse immer stärker direkt auswirken, gibt es Möglichkeiten, sich europäisch einzubringen.

Zum dritten müssen existierende Kommunikationsmechanismen optimiert werden. Der Gesprächsfaden zum Thema Europa muss von allen Seiten aufgenommen und im Sinne einer gemeinsamen Erzählung weitergesponnen werden. Bürgerinnen und Bürger müssen gefragt werden, in was für einem Europa sie leben möchten, sie müssen wieder die Überzeugung bekommen, dass Europa für sie da ist und nicht umgekehrt, und dass in diesem Europa ihre Meinung und ihre Stimme zählt. Wie kann das geschehen?

In der Praxis erfordert dies, dass einerseits die Information in die Breite getragen und andererseits die Menschen so weit als möglich in sie betreffende Willensbildungsprozesse eingebunden werden müssen. Ziel ist es somit, auch im Hinblick auf Europa »aus Betroffenen Beteiligte zu machen«, und die Men-

schen mit all ihren Fragen, Zweifeln und Bedürfnissen dort abzuholen, wo sie stehen. Hier liegt eine wichtige Aufgabe der europäischen ebenso wie der nationalen Institutionen, aber insbesondere auch der regionalen und der lokalen Ebene. Gerade Länder und Kommunen können durch ihre Nähe zum Alltag der Bürgerinnen und Bürger das mitunter sperrige Thema Europa auf die Lebensverhältnisse der Menschen herunterbrechen. Gerade sie können die Herausforderungen ebenso darstellen wie die Chancen, die Europa jedem Einzelnen bietet. Gleichzeitig können sie in besonderer Weise als Transmissionsriemen für die Erwartungen der Menschen vor Ort nicht nur in Richtung auf die nationalen, sondern auch auf die europäischen Institutionen fungieren.

Nordrhein-Westfalen hat diese Herausforderung angenommen und ein *Konzept zur europapolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit* erarbeitet, das wir gemeinsam mit unseren Partnern umsetzen. Ziel dieses Konzepts ist es, einen Beitrag zu einer breit angelegten, konstruktiven und pluralistischen Debatte über Europa und die Zukunft der Europäischen Union in allen Teilen der Gesellschaft zu leisten. Zu den wichtigsten Zielgruppen dieses Konzepts gehören insbesondere junge Menschen und die nordrhein-westfälischen Kommunen als die Ebene, die den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land am nächsten ist. Aber auch die Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft wollen wir in der Formulierung eigener Anliegen gegenüber der europäischen Ebene ebenso fördern wir in ihrer eigenständigen Funktion als Multiplikatoren der europapolitischen Kommunikation. Ich möchte an dieser Stelle das Konzept im Hinblick auf die genannten drei Zielgruppen exemplarisch vorstellen.

1 Zielgruppe junge Menschen

Das Interesse nachwachsender Generationen für den europäischen Einigungsprozess zu wecken und zu erhalten, ist für die Zukunft des europäischen Projekts von entscheidender Bedeutung. Im Hinblick auf diese Zielgruppe umfassen die Aktivitäten die Bereiche schulische Bildung, außerschulische Bildungs- und Freizeitarbeit und die Zusammenarbeit mit Hochschulen. Wir tun dies durch die Veranstaltung von Wettbewerben wie den an Schülerinnen und Schüler gerichteten jährlich stattfindenden Foto- und Filmwettbewerb »Euro-Visions«, aber auch durch häufig gemeinsam mit Partnern, wie beispielsweise der Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn, der Europa Union oder auch den Jungen Europäischen Föderalisten, veranstalteten Informati-

onsveranstaltungen an Schulen, durch Diskussionsveranstaltungen wie »Hörsaal Europa« an Hochschulen des Landes u.v.m. Mehr Aufmerksamkeit wollen wir künftig der Beschäftigung mit dem Thema Europa in der außerschulischen Bildungs- und Freizeitarbeit widmen.

Eine besondere Rolle in der Bildung junger Menschen für Europa kommt den Schulen zu, die als *Europaschulen in Nordrhein-Westfalen* zertifiziert sind. Sie stellen eine Art Laboratorium dafür dar, wie das – bisweilen zugegebenermaßen komplexe – Thema Europa von Schulen vermittelt werden kann. Fast 200 Schulen in unserem Bundesland haben sich insoweit schon auf den Weg gemacht, und jedes Jahr kommen weitere als zertifizierte Schulen hinzu. Mit diesen Europaschulen verfügt NRW über ein Konzept, das in Deutschland ebenso wie in Europa durchaus geeignet ist, Maßstäbe zu setzen. Denn es ist zum einen ein Modell, das für jede Schule in Reichweite ist, die sich insoweit engagieren möchte – Schulen aller Schulformen sind in NRW Europaschulen, von der Grundschule bis zum Berufskolleg. Und die Europaschulen liegen in sozialen Brennpunkten ebenso wie in gutbürgerlichen Gegenden, in grenznahen Gegenden ebenso wie mitten im Land. Dabei verlangt das Konzept den teilnehmenden Schulen durchaus etwas ab. Denn Schulen, die als Europaschulen in NRW zertifiziert werden möchten, müssen die Erfüllung einer Reihe von Kriterien nachweisen. Sie müssen ein erhöhtes Fremdsprachenangebot und ein bestimmtes Maß an Bilingualität im Unterricht anbieten. Sie müssen aktive Schulpartnerschaften im europäischen Ausland unterhalten und sich an europäischen Projekten beteiligen, zum Beispiel im Rahmen des Comenius-Programms. Vor allem aber müssen sie sich ganz konkret mit der Frage auseinandersetzen, wo und wann sie Europa im Unterricht und auch darüber hinaus thematisieren.

Wir sehen erfreulicherweise, dass dieses Konzept aufgeht: Europa ist in den zertifizierten Schulen heute zu einer Lebenseinstellung geworden. Die Europaschulen in Nordrhein-Westfalen nehmen ihren Auftrag sehr ernst, Kinder und Jugendliche auf das Leben im vereinten Europa vorzubereiten. Sie tun das, indem sie ihnen die Kenntnisse vermitteln, die sie benötigen, um Europa zu verstehen, um die Vorteile, die ihnen Europa bietet, auszuschöpfen und um letztlich Europa auch mit zu gestalten! Die Ergebnisse können sich sehen lassen – die Schulen bringen ein enormes Engagement für Europa auf. Das zeigt sich zum Beispiel, wenn sie Europatage durchführen, sich mit Projektvorschlägen an der jährlichen Europawoche beteiligen oder an den zahlreichen Veranstaltungen teilnehmen, die wir als Landesregierung der Schülerschaft und

auch der Lehrerschaft dieser Schulen besonders anbieten, um ihr Engagement zu honorieren und ihnen neue Impulse zu geben. Darunter finden sich methodische und inhaltliche Veranstaltungen für Lehrer ebenso wie Schülerkongresse zum Thema Europa und die von der Landesregierung organisierte jährliche Netzwerkveranstaltung aller Europaschulen von Nordrhein-Westfalen. So haben sich zum Beispiel zahlreiche Europaschulen im Schuljahr 2012/13 an unserem Theaterprojekt beteiligt und in der Europawoche das von der Regisseurin Katja Hensel unter Beteiligung der Schülerinnen und Schüler geschriebene Theaterstück »Voll auf der Kippe – ein Tag in der Klasse Europa« im ganzen Land aufgeführt. Die Schülerinnen und Schüler aus den Theatergruppen berichten, dass sie seitdem Europa ganz anders wahrnehmen, und die Nachrichten darüber aus einem ganz neuen Blickwinkel verfolgen.

Im zweiten Halbjahr 2013 führen wir gemeinsam mit den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) wieder ein »Simulationsspiel Europäisches Parlament« für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II aus Europaschulen durch, diesmal aus dem Bezirk Detmold – auch diese Aktion, die wir rotierend in den fünf Bezirken des Landes durchführen, erfreut sich großer Beliebtheit, und bringt junge Menschen nicht nur zum Nachdenken über die Europäische Union, sondern verdeutlicht ihnen auch, dass jeder und jede sich an demokratischen Willensbildungsprozessen beteiligen kann und sollte. Darüber hinaus sehen wir bei den Europaschulen übrigens auch eine überdurchschnittlich hohe Teilnahme an anderen Initiativen. So haben wir kürzlich festgestellt, dass ein Viertel der nordrhein-westfälischen Landessieger des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten aus Europaschulen stammt.

Kurzum: es zeigt sich, dass Schulen in unserem Land, die sich für Europa engagieren, ihre Schülerinnen und Schüler mit besonderer Hingabe und auch mit besonderem Erfolg zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern ausbilden. Ich würde mich freuen, wenn jede Schule in unserem Land Europaschule wäre. Denn das Konzept bietet Schülerinnen und Schülern durch die qualifizierte Auseinandersetzung mit dem Thema Europa einen wichtigen Startvorteil für die Herausforderungen des Europas von morgen.

2 Europa in der Kommune

Europa findet in Nordrhein-Westfalen aber selbstverständlich nicht nur in der Schule statt. Dies führt zu einem zweiten wichtigen Schwerpunkt der Aktivitäten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen im Bereich der Europakommunikation, und dieser betrifft die Rolle der Kommunen in Europa ebenso wie in der Europakommunikation. Schließlich spielt Europa auf der kommunalen Ebene schon seit Jahrzehnten eine Rolle: seit Ende des zweiten Weltkrieges haben sich gerade auf der lokalen Ebene Menschen und Institutionen durch Städtepartnerschaften, Bürgerbegegnungen und andere Aktivitäten im Interesse von Völkerverständigung und Aussöhnung in besonderem Maße für einen bürgernahen europäischen Einigungsprozess eingesetzt. Denn gerade auf der lokalen Ebene, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten ist, ist die Zivilgesellschaft besonders stark ausgeprägt und besonders gut vernetzt. Kommunen sind deswegen von jeher Lernorte für Demokratie gewesen. Und sie können und müssen heute auch zu Lernorten für europäische Demokratie werden. Zudem kommt der kommunalen Ebene mittlerweile auch über Städtepartnerschaften hinaus eine wichtige Rolle in Europa zu, und auch das ist mit Herausforderungen ebenso wie mit Chancen verbunden. Es ist mittlerweile fast schon eine Binsenweisheit, wie stark EU-Vorhaben sich auf die Gesetzgebung in Bund und Ländern auswirken. Sie wirken sich aber insbesondere auch auf die kommunale Ebene aus, sei es beim Feinstaub, bei der Gebäudesanierung oder bei der kommunalen Wasserversorgung.

Während ich davon überzeugt bin, dass wir ohne gemeinsame europäische Regelungen gerade in so wichtigen Bereichen wie Umwelt- und Klimaschutz ebenso wenig auskommen, wie in seit langem europäisierten Bereichen wie Lebensmittelsicherheit oder freiem Warenverkehr, ist doch nicht zu leugnen, dass die Kommunen häufig in starkem Maße gefordert sind, wenn es darum geht, diese Regelungen umzusetzen. Deshalb sind sie gut beraten, sich schon zu einem frühen Zeitpunkt mit den kommenden europäischen Gesetzesvorhaben auseinander zu setzen, und die entsprechenden Kompetenzen auszubilden. Doch geht die Bedeutung der Kommunen für Europa natürlich deutlich über die bloße Umsetzung von Rechtsvorschriften hinaus. Gerade weil die kommunale Ebene den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Bedürfnissen am nächsten ist, und sie Tag für Tag mit den Auswirkungen von rechtlichen Vorgaben auf das Alltagsleben der Bürgerinnen und Bürger befasst sind, sind die Kommunen auch die Experten schlechthin im Verfahren der Folgenabschät-

zung. Alle Seiten profitieren daher, wenn die Kommunen ihre Expertise nicht nur in nationale, sondern auch in europäische Willensbildungsprozesse einbringen. Aber auch dies setzt voraus, dass auf Seiten der Kommunen die Bereitschaft dazu besteht, sich mit eigenen Positionen in diese häufig komplexen Prozesse einzubringen. Um diesen Annäherungsprozess der Kommunen an Europa zu unterstützen, hat die Landesregierung ein *Leitprogramm zur Förderung der Europaaktivität der Kommunen* erarbeitet. Dieses Leitprogramm sieht eine Reihe von Maßnahmen vor, beispielsweise die Intensivierung des Dialogs zwischen Kommunen und Landesregierung in EU-Angelegenheiten durch regelmäßige Gespräche mit den kommunalen Europabeauftragten, die Unterstützung der kommunalen Studieninstitute bei der Entwicklung von Fortbildungskonzepten zu Eurothemen für kommunale Mitarbeiter, oder eine verbesserte Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden zum Thema Europa.

Eine der wichtigsten Komponenten dieses Leitprogramms aber ist die Auszeichnung »Europaaktive Kommune in Nordrhein-Westfalen«, die am 12. April 2013 erstmals von Frau Ministerpräsidentin Kraft an 25 Kommunen des Landes verliehen wurde und von nun an jährlich vergeben werden wird. Diese Auszeichnung bietet Kommunen, die die »Herausforderung Europa« im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger annehmen und meistern, die Möglichkeit, ihr Engagement auch nach außen zu dokumentieren. Sie soll zudem für alle Kommunen im Land das Thema Europa stärker auf die Tagesordnung setzen, ihnen helfen, sich in europäischen Angelegenheiten besser miteinander zu vernetzen und durch die Verbreitung von besonders guten Beispielen für kommunale Europaarbeit voneinander zu lernen. Alle kreisangehörigen Gemeinden, kreisfreien Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen können sich um diese Auszeichnung bewerben, wenn sie der Auffassung sind, in bestimmten vorgegebenen Handlungsfeldern das Thema Europa für und mit ihren Bürgerinnen und Bürgern aktiv zu leben. Im Sinne der Förderung von Nachhaltigkeit und Bürgernähe der europäischen Idee achtet die Jury bei der Verleihung der Auszeichnung ganz besonders darauf, dass die Europaaktivität von der breiten Bevölkerung getragen wird und nicht »nur« von der Verwaltung oder von einzelnen Akteuren. Außerdem wird verlangt, dass die ausgezeichneten Kommunen eine Vision davon haben, was sie in Zukunft erreichen wollen.

3 Europa in der Zivilgesellschaft

Gerade die Zielgruppe »Zivilgesellschaft« kann auf der kommunalen Ebene besonders gut angesprochen werden, auch insofern ist das Leitprogramm zur Förderung der Europaaktivität der Kommunen für die Europakommunikation in Nordrhein-Westfalen eine wichtige Komponente. Denn gerade auf kommunaler Ebene besteht in besonderem Maße die Möglichkeit, die nichtorganisierte Zivilgesellschaft zur Auseinandersetzung mit dem Thema Europa anzuregen. Hier bleibt jedoch noch viel zu tun, insbesondere bei der Identifizierung von Akteuren und Maßnahmen, sowohl im Hinblick auf die organisierte als auch auf die nichtorganisierte Zivilgesellschaft.

Die Landesregierung selbst führt bereits jetzt immer wieder Kommunikationsmaßnahmen durch, die auch und gerade die nicht-organisierte Zivilgesellschaft adressieren – ein wichtiges Beispiel hierfür ist die Förderung von Projekten im Rahmen der Europawoche, aber auch wiederkehrende Formate wie die regelmäßig durchgeführte Autorenlesung »Europa erlesen« oder andere zielgruppenspezifische Informationsveranstaltungen mit europäischem Schwerpunkt. Andererseits geht das Potenzial insbesondere der organisierten Zivilgesellschaft über die Kommune sowohl örtlich wie inhaltlich weit hinaus. Neben dem Ziel, die organisierte Zivilgesellschaft bei der Wahrnehmung ihrer Belange insbesondere auch auf europäischer Ebene zu unterstützen, besteht somit ein Interesse, die zivilgesellschaftlich Aktiven in ihrer Funktion als Multiplikatoren in Sachen Europa zu stärken.

Um zu gewährleisten, dass die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit in Nordrhein-Westfalen ein pluralistisches, möglichst viele Zielgruppen abdeckendes, regional ausgewogenes und inhaltlich hochwertiges Bild bietet, ist weiterhin erforderlich, dass die zahlreichen (auch potenziellen) Akteure der europapolitischen Kommunikation miteinander und mit der Landesregierung kommunizieren und sich im Hinblick auf ihre regionalen, inhaltlichen oder zielgruppenspezifischen Schwerpunkte absprechen. Weiterhin sollen sie durch die Landesregierung, aber auch durch den Austausch miteinander, Impulse für die künftige Arbeit erhalten. Im Ergebnis kann hierdurch ein hoher Mehrwert der Informations- und Bildungsarbeit der verschiedenen Träger für die Bürgerinnen und Bürger im ganzen Land geschaffen werden. Erforderlich hierfür ist der Aufbau eines starken Netzwerks von Multiplikatoren und sonstigen Akteuren der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit. Die Notwendigkeit, das in Nordrhein-Westfalen bereits in Teilen bestehende Netzwerk zu stärken, er-

klärt, warum gerade Multiplikatoren und Kooperationspartner selbst auch Adressaten der europapolitischen Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit der Landesregierung sein müssen. Als maßgeblich an der Umsetzung der europapolitischen Kommunikation in Nordrhein-Westfalen Beteiligte ist ihnen darüber hinaus auch Gelegenheit zu geben, ihre Vorstellungen bei der Identifizierung mittel- und langfristiger Strategien und Kommunikationsziele im Hinblick auf Europa einzubringen. Auch hier übernimmt die Landesregierung eine wichtige Funktion als Vermittlerin und Impulsgeberin. Als Mittel zum Zweck dienen hier Kooperationsveranstaltungen mit einem oder mehreren Trägern ebenso wie die regelmäßige Durchführung von Netzwerkveranstaltungen.

Im Sommer 2013 haben Kinder aus 13 Europa-Grundschulen in Nordrhein-Westfalen einen Schülerkongress unter dem Motto »Europa im Herzen begegnen« veranstaltet. Damit haben diese 400 Kinder einen wichtigen ersten Schritt – vielleicht den wichtigsten überhaupt – in der europäischen politischen Bildung gemacht: nämlich eine emotionale Beziehung zum Thema Europa aufzubauen!

Ziel der politischen Kommunikation muss es sein, das Thema Europa im Sinne eines lebenslangen Lernens im kollektiven Bewusstsein von Europäerinnen und Europäern zu verankern, und zwar mit dem Verständnis, dass es sich dabei um ein gemeinsam zu gestaltendes Projekt handelt. Gelingt das, so besteht die Chance, dass europäische Bürgerinnen und Bürger Europa mit Herz *und* Verstand begegnen, dass sie die damit verbundenen Herausforderungen annehmen und die Chancen nutzen und somit gemeinsam ein Europa gestalten, das auch für künftige Generationen als Leitbild dienen kann. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat es sich zum Ziel gesetzt, hierzu einen aktiven Beitrag zu leisten.

»Sprechen Sie EU? Vom kommunikativen Versagen einer großen Idee«

Das Bild der Europäischen Union (EU) in der öffentlichen Wahrnehmung ist nicht das Beste: Ein unübersichtliches Geflecht, zu bürokratisch, zu viele Lobbyisten – Planet Brüssel. Die gute Idee, die hinter der EU steckt, wird von den Bürgern nicht wahrgenommen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Europäischen Institutionen sinkt. Waren es im Herbst 2012 noch 50 Prozent der EU-Bürger, die der EU vertrauten, waren es im Frühjahr 2013 nur noch 31 Prozent. Dieser Wert ist jedoch immer noch höher als das Vertrauen der Bürger in ihre nationalen Regierungen. Die Umfrage des Eurobarometers 79 (Europäische Kommission, 2013) ergab auch, dass sich 62 Prozent der Europäer als Bürger der EU fühlen. »Gleichzeitig [offenbart] der Ländervergleich [...] erhebliche [nationale] Unterschiede: Während in Luxemburg, auf Malta und in der Slowakei mehr als drei von vier Befragten angeben, dass sie sich als Bürger der EU fühlen, trifft dies in Bulgarien, im Vereinigten Königreich, auf Zypern und in Griechenland auf weniger als die Hälfte der Befragten zu. Allerdings sind diese vier Mitgliedstaaten die einzigen, in denen sich eine Mehrheit der Befragten nicht als Bürger der EU fühlt« (Europäische Kommission, 2013: 8). Obwohl die Bürger gegenüber der EU kritisch eingestellt sind, wird Europa als solches also positiv gesehen. »Gleichzeitig beschleicht [die Bürger] aber das immer mächtiger werdende Gefühl, dass da etwas nicht stimmt, dass eine intransparente, komplexe und verflochtene Mammut-Institution entstanden ist, die, losgelöst von Sachproblemen und nationalen Traditionen, immer weitere Regelungsbereiche und Kompetenzen an sich zieht; dass die demokratischen Kontrollmechanismen versagen; kurz: dass es so nicht weitergehen kann« (Gerken 2007) Und dieses Gefühl hält bis heute an. Aber woran liegt es, dass Europa und insbesondere die Europäische Union nicht bei den Bürgern ankommen? Zum einen macht die EU den großen Fehler, dass sie zu viele Themen gleichzeitig kommuniziert. Das Arbeitsfeld und -pensum von Europäischem Parlament, Europäischer Kommission und dem Rat der Ministerpräsidenten ist groß. Die Europäischen Institutionen beschäftigen sich mit

einer Vielzahl von Themen, die alle als gleich wichtig kommuniziert werden: Agrarpolitik, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Initiativen zu mehr Wirtschaftswachstum, grenzüberschreitende Bildung, Chemikalienverordnung, Innovationsfähigkeit, Binnenmarkt und vieles mehr. Die Themenfülle nimmt kein Ende. Und in dieser Vielfalt verliert der Bürger den Überblick. Zumal er Themen und Debatten nur so lange aufmerksam verfolgt, wie er sie versteht.

Und hier liegt das zweite Problem: Die EU geht Themen zu technisch an. Die Vorschläge der Europäischen Kommission in Form von Verordnungen oder Richtlinien sind voller Details. Natürlich sind die Einzelheiten für die spätere Umsetzung wichtig, aber für die Kommunikation nach außen sind Diskussionen über Halbsätze und Umsetzungsbestimmungen kontraproduktiv. Der Bürger möchte verstehen, worum es überhaupt geht und wie der Gesetzgebungsvorschlag sein Leben verändert oder gar verbessert. Das ist in Detaildebatten allerdings nicht möglich. Bis die Diskussion von Themen zu einem Ergebnis kommt, dauert es also sehr lange: Erarbeitung eines Kommissionsvorschlages, Beratungen im Europäischen Parlament, Beratungen im Europäischen Rat, Trilogverhandlungen zwischen den Institutionen. Das braucht Zeit. Die Lage wirkt oft unübersichtlich und darauf reagieren die Bürger mit Unverständnis und Desinteresse. Und genau das ist das Problem: zu viel, zu technisch, zu lang. Die EU überfordert ihre Bürger. In der aktuellen öffentlichen Wahrnehmung der Europäischen Union dominieren daher negative Eindrücke. Die Medien stürzen sich auf Unmöglichkeiten wie das Ölkännchen-Verbot oder die Gurken-Regulierung. Frei nach dem Motto »Only bad news are good news« werden der Lobbyismus-Betrieb in Brüssel oder Skandale über bestechliche Europaparlamentarier in den Medien ausführlich recherchiert und aufgearbeitet. Dieses negative Bild über die EU bleibt hängen und darüber regen sich die Bürger dann auf – und in vielen Fällen auch zu Recht. Um aus diesem Dilemma wieder herauszukommen, muss sich die EU auf das Wesentliche konzentrieren und ihre Kommunikation überdenken.

Im Vertrag über die Europäische Union stellen die Mitgliedstaaten in Artikel 1 fest, dass »dieser Vertrag [...] eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas dar[stellt], in der die Entscheidungen möglichst offen und möglichst bürgernah getroffen werden« (aktion europa, 2010: 19). In Artikel 11 wird es konkreter mit den Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger am politischen Prozess: Information, Austausch, Anhörungen

und die europäische Bürgerinitiative. Die formalen Voraussetzungen sind gegeben und sie werden auch genutzt: Im Jahr 2012 beschäftigte sich der Petitionsausschuss des Europäischen Parlamentes mit über 2000 Bürgerbeschwerden. Meist ging es um Umweltrecht, die europäischen Grundrechte oder den Binnenmarkt (Europäisches Parlament, 2012). Erfahrungswerte zur Europäischen Bürgerinitiative liegen noch nicht vor. Dieses Instrument der Bürgerbeteiligung, durch welches Anliegen an die Europäische Kommission herangebracht werden können, ist seit April 2012 in Kraft und stellt hohe Anforderungen an die Bürgerbeteiligung: Mindestens eine Millionen Unterstützer aus sieben der 28 EU-Mitgliedstaaten müssen die Initiative unterschreiben. Weitere Möglichkeiten der Partizipation sind die vielfältigen Websites jeder der Institutionen und es gibt Informationsbüros der Kommission sowie des Europäischen Parlamentes in jeder europäischen Hauptstadt. Zudem gibt es immer neue Informationskampagnen, um die Bürger auf verschiedene Themenfelder hinzuweisen, die die EU gerade bearbeitet. Beispielsweise mit der Kampagne »2013: Jahr der Bürgerinnen und Bürger«. Die EU hat ihr Kommunikationsproblem durchaus schon erkannt und versucht nun, es durch die Kommunikation von noch mehr Informationen zu lösen. Es gibt genügend, vielleicht sogar zu viel Material in Form von Flyern und Schaubildern. Außerdem findet der mündige Bürger alle relevanten Informationen auf den Websites der EU und ihrer Institutionen. Das ist aber nicht die richtige Lösung. Weniger ist oft mehr, wenn die Bürger das als relevant bemerken.

Zum Finden einer Lösung lohnt sich ein Blick in die Vergangenheit: Der Ursprung der heutigen Europäischen Union liegt in der 1951 gegründeten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der sogenannten Montanunion. Durch wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte Europa zusammenwachsen und einen erneuten Krieg zwischen Nachbarn vermeiden. Die weiteren Ereignisse sind bekannt, das Ziel wurde erreicht. Jean Monnet, einer der maßgeblichen Gründungsväter der EGKS, erklärte später jedoch: »Wenn ich das Ganze noch einmal zu machen hätte, so würde ich nicht bei der Wirtschaft anfangen, sondern bei der Kultur.« Wir können die Zeit nicht umkehren, aber die EU kann neue Wege gehen, um eine tiefere Integration und eine bessere Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zu erreichen. Notwendig sind mehr Streit und Debatten über wichtige Themen und das Ringen um die richtige Position. Ein breites Interesse an der Arbeit der EU kann dann aufkommen, wenn es Fragen gibt, zu denen sich jeder eine Meinung bildet. Die Menschen müssen betroffen sein, sich interessieren, Position beziehen. Aber

dafür muss es strittige Positionen erst einmal geben. Beispielsweise hat bei der Frage, ob die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden soll oder nicht, jeder eine Meinung. Das Thema ist sehr komplex, aber dennoch beziehen die Menschen schnell Position. In diese Diskussionen werden verschiedene Aspekte einbezogen, Argumente ausgetauscht und abgewogen. Die EU braucht mehr solcher großen kontroversen Fragen und eine Streitkultur. Die Unterschiede der politischen Parteien treten dann erst richtig zum Vorschein. Im Parlament müssen wir Debatten austragen, statt Kompromisse zu suchen. Kontroverse Themenfelder gibt es genug: Europäische Integration, Bürokratie, Einwanderung oder die Energieversorgung sind nur einige Vorschläge.

In einer wirtschaftlich und finanziell immer stärker zusammenwachsenden Welt muss Europa mit einer Stimme sprechen. Heute leben sieben Milliarden Menschen auf der Erde, davon lebt jeder Zehnte in Europa. 2050 werden es voraussichtlich neun Milliarden Menschen sein – und nur noch jeder Zwanzigste wird dann Europäer sein. Um in Zukunft weltpolitisch noch eine Rolle zu spielen, müssen wir Europa weiterentwickeln, aber auf keinen Fall gefährden. Eine Einigung muss auch der Rat der EU-Staats- und Regierungschefs finden. Durch das Prinzip der doppelten Mehrheit ist eine Zustimmung von mindestens 55 Prozent der Mitgliedstaaten und mindestens 65 Prozent der Bevölkerung der EU nötig (Aktion Europa, 2010: 149). Das heißt, dass im Europäischen Rat differenzierte Debatten geführt werden, um zu einer entsprechenden Einigung zu kommen. Gerade die Ratstreffen der letzten Zeit haben gezeigt, dass die Staats- und Regierungschefs unterschiedliche Ansichten haben, beispielsweise zur Frage der Staatsverschuldung und der Bewältigung der europäischen Wirtschaftskrise. Diese Debatten haben die Menschen in ganz Europa aufmerksam verfolgt und begleitet. In Griechenland, Spanien, Portugal und Zypern gingen die Menschen auf die Straße, denn die Entscheidungen der EU-Politiker in Brüssel betrafen sie persönlich, es ging und geht um ihre Zukunft. Europas Zukunft geht uns alle an und die EU muss die Bürgerinnen und Bürger mit auf den Weg nehmen. Wenn es der EU gelingt, europaweit wichtige Themen bekannt zu machen, den Bürgern den Bezug der Themen zu ihrem Alltag erklären kann und, wenn möglich, zugespitzte Debatten darüber führt, kann der Dialog gelingen.

Literaturverzeichnis

AKTION EUROPA (2010). *Der Vertrag von Lissabon*, Paderborn: Bonifatius GmbH.

EUROPÄISCHE KOMMISSION, GENERALDIREKTION KOMMUNIKATION (2013).

Eurobarometer 79. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb79/eb79_first_de.pdf, eingesehen am 11.10.2013.

EUROPÄISCHES PARLAMENT (2013). *Bericht über die Tätigkeit des Petitionsausschusses*

im Jahr 2012. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=//EP//TEXT+REPORT+A7-2013-0299+0+DOC+XML+V0//DE>, eingesehen am 11.10.2013.

HERZOG, R. & GERKEN, L. (2007). Europa entmachtet unsere Vertreter. *Die Welt*, 17.02.2007.

Sprechen Sie EU? Das kommunikative Versagen einer großen Idee

1 Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union

Die Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission gibt regelmäßig das sogenannte Eurobarometer zur öffentlichen Meinung in der Europäischen Union in Auftrag. Die jüngste Veröffentlichung (Standard-Eurobarometer 79, Frühjahr 2013) befasst sich mit Fragen der Unionsbürgerschaft, der Beurteilung der politischen Institutionen, der Wahrnehmung der aktuellen wirtschaftlichen Lage, Sorgen und Erwartungen der Europäer, des Euro und der Bewertung der Initiativen der EU-Strategie für Wachstum und Arbeitsplätze »Europa 2020«. Mit 62 Prozent fühlt sich eine Mehrheit der Europäer als Bürger der EU; bei erheblichen Unterschieden im Ländervergleich. Die Unionsbürgerschaft wird mit Artikel 20 des Vertrags von Lissabon eingeführt. Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt. Die Unionsbürgerschaft tritt zur nationalen Staatsbürgerschaft hinzu, ersetzt diese aber nicht. Die Unionsbürgerschaft impliziert eine Reihe von Rechten und Pflichten. Fast die Hälfte der Europäer ist mit ihren Rechten als EU-Bürger vertraut (46 Prozent), d.h. eine knappe Mehrheit kennt ihre Rechte als Bürger der EU nach eigenen Angaben nicht. Als die positivsten Errungenschaften der Europäischen Union werden mehrheitlich der freie Verkehr von Personen, Gütern und Dienstleistungen innerhalb der EU sowie der Frieden zwischen den Mitgliedstaaten der EU genannt.

Im Trend ist ein Vertrauensverlust in die politischen Institutionen zu verzeichnen, wenngleich trotz des Rückgangs das Vertrauen in die Institutionen der Europäischen Union immer noch höher als in die nationalen Regierungen und Parlamente ist. Für 30 Prozent der Befragten, hat die EU ein positives Image, bei 29 Prozent ruft die EU ein negatives Bild hervor und eine Mehrheit von 39 Prozent hat ein neutrales Bild der EU. Fast die Hälfte der Befragten sieht die Zukunft der EU optimistisch und 46 Prozent sehen die Zukunft pessimistisch. Auffällig ist, dass mehr als zwei Drittel (67%) der Meinung sind,